

Wochendienst

Nr. 49



vom 20. Dezember 2013

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Arbeit, Soziales und Familie

Kapazität in öffentlicher Unterbringung ausgebaut..... 3

Gesundheit

Länderinteressen frühzeitig in Gesundheits- und Pflegereform einbringen 4

Schule, Jugend und Berufsbildung

Wir machen Hamburg schlauer: „Hamburgaktiv – Mein Portal für Bildung und Freizeit“ 6

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Einigung erreicht: Rund 1.600 neue Wohnungen in Mitte Altona 8

Wissenschaft und Forschung

Europäisches Netzwerk zur Ikonologie Aby Warburgs gegründet..... 10

Neubau einer Kinderklinik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) 12

Wirtschaft und Verkehr

Hamburg investiert in die Verkehrsinfrastruktur 14

Who is Who im Gründungsnetzwerk..... 16

Haushalt und Finanzen

Cum-Ex-Geschäfte bei der HSH Nordbank 17

Senat beschließt Gebührenänderungen für 2014 18

Kultur

Senat verabschiedet aktuellen Bericht an die Bürgerschaft zum Projekt Elbphilharmonie 21

Maike Bruhns erhält Bundesverdienstkreuz..... 22

Elbkulturfonds 2014 fördert Freie Szene mit 500.000 Euro..... 23

Publizist und Historiker Wolfgang Schivelbusch erhält den Lessing-Preis 2013..... 25

„Notgroschen“ für kulturelle Projekte 27

Sport

Wilhelmsburg: Blumenhalle wird zur Sporthalle 28

Bund

918. Sitzung des Bundesrates 29

Zur Information

Terminkalender 32

17. Dezember 2013/basfi17

Kapazität in öffentlicher Unterbringung ausgebaut 10.851 Plätze bis Jahresende 2013

Von November 2012 bis Ende Oktober 2013 wurden 2.651 neue Plätze für Asylbewerber und wohnungslose Menschen in der öffentlichen Unterbringung in Hamburg geschaffen, davon 800 neue Plätze in der Zentralen Erstaufnahme (ZEA). Bis zum Jahresende 2013 werden weitere 450 neue Plätze eingerichtet. Die Platzkapazität erhöht sich damit zum 31. Dezember 2013 auf insgesamt 10.851 Plätze.

Insgesamt wurden rund 200 Flächen und Gebäude auf ihre Eignung zur Nutzung für die öffentliche Unterbringung geprüft, auf 17 Flächen konnten bereits neue Plätze eingerichtet werden. Bei weiteren 15 Flächen wird die Umsetzung vorbereitet. Alle anderen Flächen bzw. Gebäude waren für andere Zwecke vorgesehen, z.B. für Wohnungsbau, oder stellten sich als ungeeignet heraus. Eine behördenübergreifende Lenkungsgruppe beschließt das Vorgehen zu den vorgeschlagenen Flächen/Gebäuden.

Entsprechend der aktuellen Bedarfsprognosen müssen 2014 für die öffentliche Unterbringung insgesamt rund 3.700 neue Plätze geschaffen werden. Hiervon befinden sich bereits rund 2.500 Plätze in vorbereitender Planung, so dass nur noch für rund 1.200 Plätze geeignete Flächen oder Gebäude gefunden werden müssen.

„Der Ausbau der Plätze für die öffentlich rechtliche Unterbringung stellt eine Herausforderung für einen Stadtstaat wie Hamburg dar, weil freie Flächen rar gesät sind. Die bisherige Entwicklung stimmt jedoch zuversichtlich, dass wir die Herausforderung meistern. Daran trägt auch das beeindruckende Engagement vieler Hamburgerinnen und Hamburger einen Anteil, die sich ehrenamtlich um die Zugewanderten kümmern und ihnen helfen, in Hamburg Fuß zu fassen“, sagt Senator Detlef Scheele.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Marcel Schweitzer | Pressesprecher

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg

T +49 40 428 63 2889 | M +49 160 88 12 567

marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi | [@hh_basfi](https://twitter.com/hh_basfi)

19. Dezember 2013/bgv19

Länderinteressen frühzeitig in Gesundheits- und Pflegereform einbringen

Hamburg übernimmt Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz

Ab 1. Januar übernimmt Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz (GMK). Diese wird im Juni 2014 in Hamburg stattfinden. Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hat angekündigt, die Interessen der Länder zu bündeln und gegenüber der Bundesregierung eine deutliche Länderposition zu vertreten.

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks: „Große Koalition heißt nicht automatisch große Mehrheit im Bundesrat. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Krankenhausfinanzierung, der ambulanten Versorgung, das Präventionsgesetz oder die Weiterentwicklung der Pflege werden ohne Abstimmung mit den Ländern nicht gelingen. Deshalb ist es notwendig, dass die neue Bundesregierung frühzeitig auf die Länder zugeht und ihre Kompetenzen in die Erarbeitung der Gesetze einbindet.“ Dazu seien bereits Bund-Länder-Arbeitsgruppen z. B. für die Pflege- und die Krankenhausreform vereinbart worden. Insofern sei die GMK entscheidend beteiligt, so **Senatorin Prüfer-Storcks** weiter.

Schon der Koalitionsvertrag trage sehr stark die Handschrift der Länder. „Ich freue mich“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**, „dass sich dort jetzt Hamburger Bundesratsinitiativen zum Präventionsgesetz und zur Bestrafung von Korruption im Gesundheitswesen wiederfinden. Auch die Vorschläge für eine Qualitätsoffensive und mehr Patientensicherheit im Krankenhaus sind maßgeblich in Hamburg entwickelt worden.“

Die Länder seien zuständig für die Krankenhausplanung und viele Versorgungsprobleme würden sehr viel schneller bei ihnen ankommen als im Bund. „Deshalb werde ich als GMK-Vorsitzende darauf dringen, dass entsprechend ihrer regionalen Verantwortung für die Gesundheitsversorgung die Länder frühzeitig Einfluss nehmen können auf die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen.“

Ein weiteres wichtiges Thema ist für die Länder die Zusammenführung der Ausbildungen in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege. Hier müssen die unterschiedlichen Landesregelungen zu einer einheitlichen Pflegeausbildung zusammengeführt werden, um die Attraktivität des Berufs zu steigern.

Ein weiterer Schwerpunkt werden die Herausforderungen des demografischen Wandels für das deutsche Gesundheits- und Pflegewesen sein. Die Versorgungsstrukturen sind an die Bedarfe einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Um dies erfolgreich zu bewältigen, sind neue bundespolitische Rahmensetzungen nötig. Deshalb wird die GMK einen Schwerpunkt darauf legen, den Bedarf einer älter werdenden Gesellschaft an Leistungen im präventiven, ambulanten, stationären sowie rehabilitativen Bereich und in der Pflege sowie den daraus resultierenden Fachkräftebedarf genauer in den Blick zu nehmen. Regionale Handlungsansätze der Länder und Kommunen sollen anhand von Best Practice Beispielen vorgestellt und dann notwendige Änderungen bundesrechtlicher Rahmenbedingungen formuliert werden.

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks: „Im GMK-Jahr 2014 werden wichtige Weichen für die künftige Gesundheits- und Pflegepolitik gestellt. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns als Ländervertreterinnen und –vertreter gemeinsam mit dem Bund sehr konstruktiv den Herausforderungen stellen und so die Bewältigung der demografischen Entwicklung im Gesundheitswesen sehr konkret angehen werden.“

Die GMK findet am 26. und 27. Juni 2014 in Hamburg statt. Weitere Informationen zur Ministerkonferenz stehen im Internet unter www.gmkonline.de zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

16. Dezember 2013/bsb16

Wir machen Hamburg schlauer: „Hamburg^{aktiv} – Mein Portal für Bildung und Freizeit“

Bildungsportal über Angebote und Einrichtungen in Schule, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Freizeit, Kultur und Sport

Unter dem Motto **Wir machen Hamburg schlauer: „Hamburg^{aktiv} – Mein Portal für Bildung und Freizeit“** möchte die Behörde für Schule und Berufsbildung mit ihrer Citylight-Plakataktion alle Hamburgerinnen und Hamburger vom 17. bis 23. Dezember zum „entdecken, lernen, Horizont erweitern“ motivieren und sie für die vielfältigen Möglichkeiten des Lernens begeistern. **Hamburg^{aktiv} trägt dazu bei, dass diese Möglichkeiten sichtbar werden.**

Umfassende Übersicht der Bildungsangebote und Einrichtungen

Das Bildungsportal ist unter <http://www.hamburg-aktiv.info> erreichbar und bietet eine einfache Nutzung und umfassende Übersicht der Bildungsangebote und Einrichtungen in den Bereichen Schule, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Freizeit, Kultur, Sport und vielem mehr: von A wie Abenteuerspielplatz über H wie Hafenumuseum Hamburg bis Z wie Zehnfingersystem. Alle Angebote können nach Stadtteil, Umkreis eines Wohnorts oder Zielgruppe – etwa Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – gefiltert werden.

Beratungsstellen in Bezirken oder Stadtteilen

Darüber hinaus können im Portal Beratungsstellen nach thematischem Bedarf – z. B. zu Schule, Ehrenamt, Erziehung oder Partnerschaft – gefunden werden. Auch die Beratungsstellen lassen sich nach Bezirk oder Stadtteil filtern. Das Portal will allen Hamburgerinnen und Hamburgern einen breiten Überblick über die vielfältigen Bildungsangebote, die in Hamburg und seinen Bezirken geboten werden, eröffnen und zur Teilnahme und Teilhabe einladen.

Finanzielle Förderung von Bildungsangeboten

Weiterhin finden die Hamburgerinnen und Hamburger Hinweise zur finanziellen Förderung von Bildungsangeboten. So kann man unter „Gut zu wissen“ erfahren, was das Förderprogramm „Kids in die Clubs“ ist und wie ein Kind dort teilnehmen kann. Und nicht zuletzt lassen sich alle Suchergebnisse in übersichtlicher Form ausdrucken und in die (Hand)Tasche stecken.

Hintergrund

Gefördert wird Hamburgaktiv durch die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und alle sieben Bezirke.

Betrieben wird das Bildungsportal von W.H.S.B. Weiterbildung Hamburg Service und Beratung gGmbH - der Hamburger Träger für professionelle und unabhängige Weiterbildungsberatung. W.H.S.B. gGmbH betreibt mit der Weiterbildungsdatenbank WISY (neben dem Portal Hamburgaktiv) – gefördert durch die Schulbehörde – eine der besten und erfolgreichsten Weiterbildungsdatenbanken (Stiftung Warentest 2011; sehr gut) für die Bereiche Berufliche Bildung, Sprachliche und Politische Bildung. WISY ist mittlerweile in fünf Bundesländern etabliert und ist unter folgendem Link zu erreichen <http://hamburg.kursportal.info/>.

Projekt „Lernen vor Ort“

Das Projekt „Lernen vor Ort“ arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Behörde für Schule und Berufsbildung und den sieben Hamburger Bezirken. Im Mittelpunkt steht das lebenslange Lernen vor Ort – von der frühkindlichen Förderung bis zur nachberuflichen Phase. Die Vielzahl an Bildungsanbietern aufzeigen und ihre Angebote für Bürger verständlich und leicht zugänglich machen, ist eines der Ziele des Projekts. Fachbehörden, Bezirke und Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, gemeinsam Verantwortung für regionale Bildungsentwicklungen zu übernehmen, eine andere. Für Hamburg begleiten das Projekt die drei Patenstiftungen Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., Joachim Herz Stiftung und Haspa Hamburg Stiftung.

Weitere Informationen über www.hamburg.de/lernen-vor-ort

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Projekt „Lernen vor Ort“ Romy Stühmeier, Projektleitung Tel.: (040) 428 843 - 591 E-Mail: romy.stuehmeier@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/lernen-vor-ort	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel.: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

17. Dezember 2013/bsu17

Einigung erreicht: Rund 1.600 neue Wohnungen in Mitte Altona

Senat stimmt städtebaulichem Vertrag mit privaten Eigentümern für Hamburgs größtes Entwicklungsprojekt nach der HafenCity zu

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat sich mit ECE, aurelis und der 112. PANTA (einem Konsortium aus Behrendt Wohnungsbau, Harmonia Immobilien, Fraatz Bauunternehmen und ECE) über den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages geeinigt, der die inhaltlichen, finanziellen und rechtlichen Grundlagen für die Entwicklung des ersten Entwicklungsabschnitts Mitte Altona schafft. Gemeinsames Ziel ist es, ein lebendiges und soziales Wohnquartier in der „Mitte Altona“ zu verwirklichen. Vertraglich vereinbart wurden u.a. ein Drittmix beim Wohnungsbau, darunter ein Drittel geförderter Wohnungsbau, die Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften, die Herstellung eines öffentlichen Parks, eine qualitativ hochwertige Bebauung und Flächengestaltung sowie der Erhalt des Kleingewerbes.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Der Senat, die Eigentümer und ich begrüßen die in den Verhandlungen erzielten Ergebnisse. Das neue Quartier wird insbesondere durch die Verwirklichung des geförderten Wohnungsbaus und die Flächen für Baugemeinschaften ein Quartier für alle werden. Wir setzen nun alles daran, möglichst zügig mit der Umsetzung der Planung zu beginnen.“

Die Stadt hat sich mit den privaten Eigentümern dabei auf folgende Kernpunkte geeinigt:

- Beteiligung der Eigentümer an den Entwicklungskosten in voller Höhe der durch die Entwicklungsmaßnahme bedingten Wertsteigerung ihrer Grundstücke. Die Eigentümer investieren 47,85 Mio. Euro.
- Realisierung eines Drittels geförderten Wohnungsbaus – sichergestellt durch die Veräußerung der dafür vorgesehenen Flächen an das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG, an den Bauverein der Elbgemeinden (BVE) und an den Altonaer Spar- und Bauverein (Altoba)
- Vergabe von 20% der Geschossfläche an Baugemeinschaften – sichergestellt durch Veräußerung der dafür vorgesehenen Flächen an die Stadt
- Bau mehrerer Kindertagesstätten für etwa 300 Kinder
- Errichtung eines rd. 2,7 ha großen Parks
- Einrichtung einer Mobilitätsberatung und eines Quartiersmanagements
- Passiver Lärmschutz an den Gebäuden auf Kosten der Eigentümer

Mit dem heutigen Beschluss hat der Senat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragt, den städtebaulichen Vertrag zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages ist erst nach Abschluss einer öffentlichen Veranstaltungsreihe vorgesehen. Sobald der Vertrag wirksam geworden ist und das Bebauungsplanverfahren einen Stand erreicht hat, der die Genehmigung der geplanten Bauvorhaben ermöglicht, können die privaten Eigentümer Bauanträge stellen. Dies wird voraussichtlich Mitte 2014 der Fall sein.

Der Städtebauliche Vertrag ist ab sofort im Internet unter <http://www.hamburg.de/mitte-altona/> einsehbar.

Mit der Öffentlichkeit wird er im Rahmen von fünf Veranstaltungen parallel zur Auslegung des Bebauungsplans Altona-Nord 26 diskutiert. Die Auftaktveranstaltung dieser Veranstaltungsreihe und der Beginn der Auslegung des Bebauungsplans sind für den 16. Januar 2014 vorgesehen. Drei thematisch vertiefende Veranstaltungen sollen am 21.01., 28.01. und am 06.02. stattfinden. Die Abschlussveranstaltung findet am 18.02. statt. Zu den Veranstaltungen wird gesondert eingeladen.

Hintergrund Mitte Altona: Durch Aufgabe des Güterbahnhofs und die Ankündigungen der Deutschen Bahn zur Verlagerung der Fernbahn vom heutigen Bahnhof Altona an den Standort Diebsteich wird ein großes Areal im Zentrum Altonas für eine städtebauliche Neuentwicklung frei. Bereits für den ersten Entwicklungsabschnitt, der unabhängig von der Bahnhofsverlagerung realisiert werden kann, ist dabei mit dem Neubau von rund 1.600 Wohnungen zu rechnen. Darüber hinaus sehen die Planungen für Mitte Altona einen neuen Stadtteilpark und mehrere Quartiersplätze vor. Um die Anregungen der Anwohner sowie der Gewerbetreibenden aus der Nachbarschaft von Anfang an in die Planungen einfließen lassen zu können, führt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt seit 2010 einen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit im Rahmen des begleitenden Beteiligungsprozesses.

Pressebilder unter: www.hamburg.de/pressebilder

Weitere Informationen unter: www.hamburg.de/mitte-altona

Download des städtebaulichen Vertrages: <http://www.hamburg.de/mitte-altona/>

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Tel. 040/ 42840-2051
pressestelle@bsu.hamburg.de

16. Dezember 2012/bwf16

Europäisches Netzwerk zur Ikonologie Aby Warburgs gegründet

Warburg-Haus der Universität Hamburg wird Teil des internationalen „Forschungsverbunds Bilderfahrzeuge“

Das Forschungsvorhaben „Bilderfahrzeuge – Warburg’s Legacy and the Future of Iconology“ ist auf fünf Jahre angelegt und widmet sich der Frage, welchen Einfluss Bildmedien seit der Renaissance mit ihrer Geschwindigkeit und ihrer Reichweite auf die Verbreitung von Bildinformationen haben und welche Bedeutung dies für den Austausch kultureller Traditionen hat. Ausgangspunkt der interdisziplinären Untersuchung ist die vom deutschen Kunsthistoriker Aby Warburg (1866–1929) geprägte Metapher der „Bilderfahrzeuge“. Zentrum des Kooperationsnetzwerks wird das Warburg Institute in London.

In dem Netzwerk haben sich führende europäische Forschungsinstitute der Kunst- und Kulturgeschichte zusammengeschlossen: das Warburg Institute in London, das Warburg-Haus der Aby-Warburg-Stiftung an der Universität Hamburg, das Institut für Kunst- und Bildgeschichte der Humboldt-Universität Berlin, das Kunsthistorische Institut Florenz der Max-Planck-Gesellschaft und das Deutsche Forum für Kunstgeschichte Paris der Max-Weber-Stiftung.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Aby Warburg hat uns mit seiner Ikonologie ein Instrumentarium wissenschaftlicher Methoden zur Verfügung gestellt, mit dem wir auch die heutigen kulturellen Umwälzungen in der Welt analysieren und bewältigen können. Der heute in London vorgestellte Forschungsverbund würdigt die Bedeutung Warburgs für die Kulturforschung in besonderer Weise. Mit dem Netzwerk der fünf Einrichtungen nimmt zudem Aby Warburgs umfassender europäischer Blick auf die Kulturgeschichte unseres Kontinents eine institutionelle Gestalt an. Mein besonderer Glückwunsch geht an die beteiligten Wissenschaftler! Das ist ein großartiger europäischer Forschungsverbund.“

Alle fünf Institute werden ihre bereits bestehende Zusammenarbeit mit dem „Forschungsverbund Bilderfahrzeuge“ weiter intensivieren. Dazu haben Sie beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Antrag auf Zuwendung auf Ausgabenbasis gestellt. Die Bewilligung dieses Antrages ist heute in London auf einer zweiteiligen Tagung aus Anlass des 80. Jahrestages der

Rettung der "Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg" offiziell bekannt gegeben worden. Der erste Teil der Tagung fand am vergangenen Donnerstag in Hamburg statt. Das Projekt „Bilderfahrzeuge“ wird vom BMBF mit rund 5,4 Millionen Euro für fünf Jahre gefördert. Damit können die fünf beteiligten Einrichtungen aus ihren freundschaftlichen wissenschaftlichen Verbindungen ein echtes europäisches Kooperationsnetzwerk – eine Art virtuelles Warburg-Institut – gründen.

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://warburg.sas.ac.uk/events/colloquia-2013-14/migration-of-the-warburg-institute/>

<http://www.bmbf.de/press/3544.php>

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

17. Dezember 2013/bwf17

Neubau einer Kinderklinik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE)

Senat stellt ursprüngliche Planungen vor Baubeginn auf solide Grundlage

Die Kosten des Neubaus einer Kinderklinik am UKE sind im Jahre 2010 auf Basis einer vorläufigen Kostenschätzung mit 40 Millionen Euro veranschlagt worden (vgl. Drucksachen 19/7794 und 20/1315). Die Konsolidierung der Planung, auch unter Berücksichtigung verschiedener Kritikpunkte des Rechnungshofs hat offenbart, dass dieser Kostenrahmen auf nicht hinreichend fundierten Annahmen und Prognosen basierte. Um das Vorhaben realisieren zu können, hat der Senat heute eine Drucksache beschlossen, mit der der Bürgerschaft die tatsächlich zu erwartenden Kosten von bis zu 69,5 Millionen Euro sowie die Chancen und Risiken des Projekts eingehend dargelegt werden.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat den Senat mit Beschlüssen aus den Jahren 2010 und 2011 ermächtigt, Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro für die Mitfinanzierung des geplanten Neubaus einer Kinderklinik im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) in Anspruch zu nehmen. Die verbleibenden Finanzierungsmittel sollen aus Geld- und Sachspenden sowie aus Eigenfinanzierungen des UKE aufgebracht werden. Auf Basis der seitdem gemäß den Vorgaben der Drucksache „Kostenstabiles Bauen“ (Drs. 20/6208) konsolidierten Planungen soll der Neubau nunmehr realisiert werden. Ziel ist es, im Bereich der Kindermedizin am UKE einen Standard zu erreichen, den das Neue Klinikum seit 2009 für die Versorgung von Erwachsenen vorhält. Dabei geht es insbesondere darum, den Anforderungen zunehmend komplexer Krankheiten und aufwendiger Behandlungsverfahren bei Kindern auch in Zukunft gewachsen zu sein. Im Südosten des Geländes des UKE sollen daher ein Neubau errichtet und ein Bestandsgebäude hergerichtet werden. In dem neuen Komplex sollen die bisher in mehreren Gebäuden untergebrachten Stationen und Disziplinen der Kinderheilkunde in einer speziell an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgerichteten universitären Klinik zusammengeführt werden.

Um das Vorhaben realisieren zu können, hat der Senat heute eine Drucksache beschlossen, mit der der Bürgerschaft die tatsächlich zu erwartenden Kosten sowie die Chancen und Risiken des Projekts eingehend dargelegt werden. Laut der zwischenzeitlich von der Klinik Facility Management Eppendorf GmbH im Auftrag des UKE erstellten Baukosten-Unterlage (sog. Haushaltsunterlage Bau) erfordert die

Errichtung eines Kinderklinikums auf dem Qualitätsstandard des Neuen Klinikums eine Investition i. H. v. 63,2 Millionen Euro für Basiskosten einschließlich Baunebenkosten zzgl. 5 Millionen Euro Kostenvarianz und 1,3 Millionen Euro Preisrisiken. Sofern sich alle in der Drucksache im Einzelnen benannten finanziellen Risiken verwirklichen sollten, beliefe sich das Investitionsvolumen damit auf 69,5 Millionen Euro.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander v. Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

17.12.2013/bwvi17

Hamburg investiert in die Verkehrsinfrastruktur

Senat zieht Bilanz und beschließt Erhaltungsstrategie – allein im Jahr 2013 wurden 225.000 Quadratmeter Straße saniert

Allein im jetzt zu Ende gehenden Jahr hat Hamburg rund 225.000 Quadratmeter städtischer Straßen wieder in Ordnung gebracht. Das entspricht 64 Kilometer Fahrbahn, hat Wirtschafts- und Verkehrssenator Frank Horch am Dienstag mitgeteilt und eine Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen angekündigt. Mit 69 Mio. Euro im Jahr 2013 und 72 Mio. Euro im Jahr 2014 stehen Hamburg dabei so viele Mittel wie noch nie zur Verfügung. Damit der Wert der Infrastruktur erhalten wird und die für Sanierungen eingeplanten Haushaltsmittel optimal eingesetzt werden, hat der Senat heute die im Regierungsprogramm vorgesehene systematische Erhaltungsstrategie beschlossen. Damit wird langfristig sichergestellt, dass das für die Sanierung vorgesehene Geld dort eingesetzt wird, wo es den größten Nutzen erzielt. Wirtschaftssenator Frank Horch zog in diesem Zusammenhang eine positive Bilanz der seit 2011 erfolgten Sanierungen.

Horch betonte, seit 2011 seien wichtige innerstädtische Straßen erneuert worden - etwa die Billhorner Brückenstraße, der Ring 1 zwischen Deichtorplatz und Ferdinandstor, Millerntorplatz und Millerntordamm, Edmund-Siemers-Allee, Baumwall, Mönckebergstraße, Hallerstraße, Sierichstraße oder Palmaille. Der Ring 3 in Poppenbüttel ist erneuert worden; in Bergedorf wurde die Kreuzung Bergedorfer Straße / Vierlandenstraße grundinstandgesetzt und umgebaut. Hier hat sich der Verkehrsfluss seither deutlich verbessert.

Weitere Beispiele für Sanierungsmaßnahmen sind die Vogt-Wells-Straße, Hallerstraße, Bergedorfer Straße, Blankeneser Landstraße oder Rennbahnstraße. Jede großflächige Sanierung ist der beste Schutz vor Frostschäden und damit auch vor Sperrungen aufgrund von Reparaturen. Insgesamt wurden allein in diesem Jahr 225.000 Quadratmeter Straße in Ordnung gebracht. Auf Straßenkilometer übertragen bedeutet das: 64 Kilometer Fahrbahn wurden saniert oder anders ausgedrückt: eine Strecke mit der Länge zweimal quer durch Hamburg - von Nordosten nach Südwesten. Zu den erfolgreich abgeschlossenen Sanierungsprojekten zählen auch wichtige Einzelprojekte wie Fahrbahnerneuerungen in der Esplanade, der Eiffestraße, der Scharbeutzer Straße, von Bramfelder Straße, Bramfelder Chaussee sowie die Sanierung zahlreicher Kreuzungen.

Senator Frank Horch: „Wir haben bereits ein großes Pensum geschafft und setzen im Jahr 2014 unsere Anstrengungen fort. Dabei werden wir die Maßnahmen sorgfältig aufeinander abstimmen, damit der Verkehr nicht über das unvermeidliche Maß hinaus beeinträchtigt wird. Wir gehen den über Jahrzehnte entstandenen Sanierungsstau auch im kommenden Jahr an und setzen alles daran, den Wertverfall der Hamburger Straßen, Wege und Brücken zu stoppen. Ein EDV-basiertes

Erhaltungsmanagementsystem wird uns dabei unterstützen, vorausschauend zu planen und den Einsatz des Geldes zu optimieren.“

Kern einer systematischen Sanierungsplanung ist die Kenntnis vom Zustand der Straßen. Als eine von wenigen Städten in Deutschland verfügt Hamburg für die Hauptverkehrsstraßen über eine solide Datenbasis. Daraus wurden zunächst 26 dringliche Maßnahmen ermittelt, die 2014 umgesetzt werden (Karte im Anhang). Die Datenbasis wird nach und nach um die übrigen Hamburger Straßen erweitert. Auf der Grundlage der Daten werden Erhaltungsmaßnahmen festgelegt. In die systematische Erhaltungsplanung werden auch die Geh- und Radwege einbezogen. Das Bauen soll vereinfacht werden durch z. B. die Optimierung interner Abläufe, die Zusammenfassung der Vergabe von Ingenieur- und Bauleistungen und die Bildung größerer Baufelder.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 42841 – 1326

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

19. Dezember 2012/bwvi19

Who is Who im Gründungsnetzwerk

Hamburg gilt als junge Stadt mit guten Wachstumsperspektiven, die Existenzgründungsinteressierten ein gutes Gründungsklima bietet – ideale Voraussetzungen für einen Sprung in die Selbständigkeit. Ein Unternehmen zu gründen ist eine Herausforderung. Für einen erfolgreichen Start braucht es mehr als eine gute Idee. Es stellen sich viele Fragen. Einige davon werden in einer neuen Broschüre beantwortet.

Das neue, nun bereits in der 10. Auflage erscheinende Who is Who im Gründungsnetzwerk 2014 präsentiert auf rund 140 Seiten Ansprech- und Netzwerkpartner in Hamburg, die als Ratgeber und Wegbegleiter zu allen Gründungsfragen ihre Kompetenz anbieten.

Was ist neu an dieser Ausgabe? Das gemeinsam von der Freien und Hansestadt Hamburg und der Hamburger Existenzgründungsinitiative H.E.I. herausgegebene Verzeichnis wurde aktualisiert und ist in der H.E.I.-Geschäftsstelle zu beziehen. Darüber hinaus bieten die dargestellten QR-Codes der jeweiligen Anbieter Smartphonennutzern die Möglichkeit, wesentliche Informationen unkompliziert zu speichern.

Ab 2014 finden Sie das Who is Who als Download unter der Internetadresse

www.hei-hamburg.de

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Pressesprecherin der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Telefon: +49 40 42841 2239

Susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

[Folgen Sie uns auf Twitter @HH_BWVI](#)

17.12.2013/fb17

Cum-Ex-Geschäfte bei der HSH Nordbank

Zu den heute bekannt gewordenen Ergebnissen der Untersuchung der Kanzlei Clifford Chance zu früheren Aktien-Arbitrage-Geschäften der HSH Nordbank nimmt Finanzsenator Peter Tschentscher wie folgt Stellung:

„Bankgeschäfte, die darauf abzielen, den Steuerzahler zu schädigen, sind für eine Landesbank und jedes andere seriöse Finanzinstitut völlig unvertretbar. Der Vorstand der HSH Nordbank hat bereits Ende 2012 die Kanzlei Clifford Chance mit einer unabhängigen Prüfung in dieser Sache beauftragt. Es ist ausdrücklich anzuerkennen, dass die HSH die Aufklärung ihrer früheren Geschäfte auf eigene Veranlassung aktiv betreibt. Gleichwohl ist der von Clifford Chance festgestellte Umfang der Transaktionen mit möglicherweise missbräuchlichen Steuererstattungen erschreckend. Die Cum-Ex-Geschäfte wurden nach den Ermittlungen der Kanzlei bis Mai 2011 durchgeführt. Sie können zu erheblichen Steuernachzahlungen führen.

Unsere Steuerverwaltung verfolgt seit geraumer Zeit – auch in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft – Anhaltspunkte für einen Missbrauch von Steuererstattungsverfahren bei Banken und Finanzdienstleistern. Sie führt unter anderem einen Musterprozess beim Bundesfinanzhof, um die Rechtswidrigkeit von Cum-Ex-Geschäften feststellen zu lassen, entsprechende Steuernachzahlungen zu fordern und ggf. auch steuerstrafrechtliche Maßnahmen einzuleiten. Die Hamburger Steuerverwaltung wird den von der HSH Nordbank angekündigten aktuellen Clifford Chance-Bericht intensiv prüfen und die erforderlichen Konsequenzen ziehen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde

, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

17. Dezember 2013/fb17a

Senat beschließt Gebührenänderungen für 2014

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung turnusmäßig verschiedene städtische Gebühren für Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung sowie öffentlicher Einrichtungen gemäß dem Kostendeckungsgrundsatz an die Kostenentwicklung und die rechtliche Entwicklung angepasst. In einigen Bereichen wurde auch Forderungen des Rechnungshofes nach Anpassung von Gebühren Rechnung getragen. Die neuen Gebühren treten am 1. Januar 2014 in Kraft.

Der saldierte Gesamtbetrag der Anpassungen beträgt etwa 2,279 Millionen Euro, was einer Erhöhung um etwa 0,61 Prozent entspricht. Im Einzelnen wurden u.a. folgende Gebührenänderungen beschlossen:

- Staatsarchiv

Die Gebührenstruktur wurde neu gestaltet und die Gebührentatbestände wurden an die tatsächliche Entwicklung angepasst. Neu ist die Einführung einer Tages-, 10-er- und Jahreskarte.

- Staatliche Jugendmusikschulen

In diesem Bereich sind mehrere Änderungen, darunter auch Preissteigerungen vorgesehen. Damit wird u.a. Forderungen des Rechnungshofes nachgekommen, der einige Erlass- und Ermäßigungsregelungen kritisiert hatte. Anhebungen sollen überwiegend für Partner-, Gruppen- und Klassenunterricht vorgenommen werden. Gebühren in Bereichen, in denen bereits zum 01.08.2013 Erhöhungen vorgenommen wurden (schwerpunktmäßig im Bereich des Einzelunterrichts), werden 2014 nicht erneut erhöht.

- Vereins- und Stiftungsrecht

Im Bereich des Vereins- und Stiftungsrechts wurde die Gebührenordnung in Bezug auf die Gebührenhöhe zuletzt vor sieben Jahren geändert. Für bestimmte Amtshandlungen muss der Gebührenrahmen erhöht werden, um eine Kostendeckung zu erreichen. Aufgrund der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation kleiner Stiftungen mit einem geringen Stiftungskapital wurde unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit des Erlasses oder der Reduzierung von Gebühren vorgesehen. Zudem werden zwei neue Gebührentatbestände betreffend weitere

Amtshandlungen gegenüber privaten Stiftungen eingeführt, da die Erbringung gebührenfreier Leistungen nicht gerechtfertigt erscheint. Zwar sind einzelne Steigerungen nicht unerheblich, allerdings handelt es sich um sehr geringe Fallzahlen.

- Marktwesen

In diesem Bereich werden die Gebühren des Bereichs „Volksfeste auf dem Heiligengeistfeld“ in sehr geringem Umfang erhöht.

- Bestattungs- / Friedhofswesen

Durch die vorgeschlagene Erhöhung von durchschnittlich 1,04 % soll den sinkenden Fallzahlen begegnet werden. Insgesamt wird eine anonyme Urnenbeisetzung in 2014 um 2,88 % teurer, die Sargbeisetzung in einer Wahlgrabstätte steigt im Vergleich zum Vorjahr in 2014 um 0,52 %.

- Baugebührenordnung

Die Gebührensätze für die Erteilung von Baugenehmigungen werden um circa 7 % erhöht, um die Kostendeckung der Baugenehmigungsgebühren sicherzustellen.

- Öffentlich veranlasste Unterbringungen

Die Gebührensätze werden wegen der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten (1,8 %, Stand: Juni 2013) in den vergangenen 12 Monaten und der Steigerung der Personalkosten nach dem Tarifvertrag TV-AVH (rund 2,0 %) angehoben.

- Abfallentsorgung mit Umleer- und Einwegbehältern, Entsorgung von Sperrmüll, Abfallentsorgung mit Wechselbehältern und Entsorgung loser Abfälle

Da neben den privaten Haushalten zunehmend gewerbliche Gartenbaubetriebe die im Rahmen der Recycling-Offensive zum 1.1.2011 gesenkte Gebühr für den Laubsack von 1,50 Euro auf 0,50 Euro / 100 l als vergleichsweise günstige Art der Laubentsorgung nutzen, haben sich die Sammlungskosten stark erhöht. Daneben kommt es vermehrt zu Engpässen bei der Abholung. Mit der Anhebung der Gebühr auf einen Euro soll dem begegnet werden. Die Attraktivität der Selbstanlieferung von Laub auf den Recyclinghöfen soll durch eine Freistellung bzw. Senkung der Gebühr erhöht werden.

- Umweltgebührenordnung

Für die Festsetzung der Entschädigungen für bauliche Veränderungen zum Schutz gegen Fluglärm in der Schutzzone des Flughafens wird Gebührenfreiheit eingeführt, sofern der Grundstückseigentümer und der Flughafen sich über die Höhe der Gebühr geeinigt haben.

- **Wegegeühren**

Mit der Anpassung des Wertstufenverzeichnisses für einige Plätze und Wege wird den veränderten tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung getragen.

- **Hebammengebühren**

Der Tarif für die freiberuflich erbrachten Tätigkeiten der Hebammen und Entbindungspfleger im privaten Abrechnungsbereich wird an die Preisentwicklung im Gesundheitswesen angepasst und zieht moderate Gebührenerhöhungen nach sich.

Alle Maßnahmen werden in Kürze im Hamburger Amtsblatt veröffentlicht werden.

Auskunft über die Einzelmaßnahmen geben die zuständigen Fachbehörden bzw. öffentlichen Unternehmen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

17.12.2013/kb17

Senat verabschiedet aktuellen Bericht an die Bürgerschaft zum Projekt Elbphilharmonie

Erste Berichtsdrucksache nach der Neuordnung zeigt deutliche Fortschritte auf der Baustelle der Elbphilharmonie

Der Senat berichtet der Bürgerschaft regelmäßig über den Stand des Projektes Elbphilharmonie. Heute hat der Senat den ersten Bericht nach der Neuordnung beschlossen. Dieser zeigt, dass der Bau seit der Neuordnung deutlich fortschreitet.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Fortschritte auf der Baustelle und die gute Zusammenarbeit der Projektbeteiligten zeigen, dass die Neuordnung funktioniert. Die vereinbarten Zwischentermine wurden eingehalten. Alle Beteiligten haben die Aufgabe, eines der besten Konzerthäuser zu bauen, angenommen. Hochtief und die Architekten erarbeiten konstruktiv Vorschläge für bauliche Optimierungen, die innerhalb der vereinbarten Kosten und Termine umzusetzen sind und die Vereinbarungen zur Qualitätssicherung funktionieren.“

Konkret wurde unter anderem der Rohbau vor Vertragstermin fertiggestellt. Aktuell wird der Stahlbau des Gebäudedaches weiter montiert und auf einigen Dachflächen wurde bereits mit der Montage des abschließenden Daches begonnen. Im Bereich des Großen Saals sind die Hauptleistungen der Montage der Technischen Gebäudeausrüstung abgeschlossen und mit der Montage der Weißen Haut wurde begonnen.

Im Rahmen einer Personenstromanalyse wurde in Abstimmung mit dem zukünftigen Nutzer HamburgMusik deutlich, dass die Wegführung verbessert, der bisher auf Plaza-Ebene geplante Ticketverkauf auf Erdgeschoss-Ebene verlagert und eine ticketgebundene Zutrittskontrolle zum Gebäude ermöglicht werden sollte. Für diese nach der Neuordnung von Hochtief zu leistenden Optimierungen wollen die Projektpartner bis April 2014 Planungen vorlegen.

Gemäß der Neuordnung erfolgt zudem eine mehrstufige Qualitätssicherung, insbesondere durch öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, im Rahmen einer Künstlerischen Oberleitung durch die Architekten Herzog & de Meuron und durch die städtische Realisierungsgesellschaft ReGe. Durch diese Qualitätssicherung sind aktuell rund 1.300 Mängel neu dokumentiert, eine für ein Projekt dieser Größenordnung (120.000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche des Gesamtgebäudes) geringe Zahl. So sind zur letzten Berichtsdrucksache noch 7.300 Mängel dokumentiert worden, von denen aktuell nur noch rund 2.000 offen sind.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

17. Dezember 2013/kb17a

Maike Bruhns erhält Bundesverdienstkreuz

Kunsthistorikerin wird für ihre Forschungen über die Hamburger Kunst im 20. Jahrhundert geehrt

Die Hamburger Kulturwissenschaftlerin Dr. Maike Bruhns ist heute im Hamburger Rathaus mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Bruhns setzt sich für die Erforschung der Hamburger Kunst und Architektur im 20. Jahrhundert ein, insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus. Parallel zu ihren Forschungsarbeiten hat Maike Bruhns in den letzten 30 Jahren eine umfangreiche Sammlung an Bildern und Kunstwerken Hamburger Künstler zusammengetragen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler hat heute das Bundesverdienstkreuz an Maike Bruhns überreicht. Die Kultursenatorin sagte in ihrer Rede: „Maike Bruhns Engagement für die Hamburger Kunst geht weit über den rein wissenschaftlichen Forschungsdrang hinaus. Es ist unter anderem ihr Verdienst, dass die Schicksale der in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgten Hamburger Künstlerinnen und Künstler nicht vergessen sind. Zahlreichen Publikationen und Ausstellungen, an denen Maike Bruhns mitgewirkt hat, wie auch ihrer umfangreichen Kunstsammlung haben wir es zu verdanken, dass der große Schatz, den die im Nationalsozialismus verfolgten Künstlerinnen und Künstler geschaffen haben, noch heute lebendig ist.“

Etliche Ausstellungen der letzten Jahre wurden nur durch die wissenschaftliche Erarbeitung von Maike Bruhns und ihrer Sammlungsgegenstände möglich. So zeigte die Hamburger Kunsthalle in Zusammenarbeit mit Maike Bruhns im Jahr 2005 unter dem Titel „*Ausgegrenzt. Kunst in Hamburg 1922-1945*“ Gemälde, Zeichnungen und Druckgraphiken von 47 Künstlerinnen und Künstlern. Beispielhaft für ihre Arbeit sind auch die im Jahr 2007 im Museum für Hamburgische Geschichte präsentierte Ausstellung über „*Hamburger Künstler im Exil 1933-1945*“ und die Ausstellung im Hamburger Rathaus „*Die Zeichnung überlebt... Bildzeugnisse von Häftlingen des KZ Neuengamme*“. Bruhns forschte und publizierte zudem unter anderem über den Bauschmuck an und in Schumacher-Bauten, über die jüdischen Künstler Hamburgs, besonders die Malerin Anita Rée.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207, enno.isermann@kb.hamburg.de

18.12.2013/kb18

Elbkulturfonds 2014 fördert Freie Szene mit 500.000 Euro

7 Projekte von Hamburger Künstlerinnen und Künstlern ausgewählt

Die Kulturbehörde hat in diesem Jahr zum zweiten Mal Fördermittel aus dem Elbkulturfonds für Projekte der Freien Szene vergeben. Der Elbkulturfonds mit einem Fördervolumen von 500.000 Euro wird aus Einnahmen der Kultur- und Tourismussteuer finanziert. Mit den Mitteln werden Projekte von Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene unterstützt, die überregionale Strahlkraft entfalten.

Die mehrheitlich von Hamburger Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene eingereichten Anträge kommen aus den Sparten Tanz, freies Theater, multimediale Installation, Performance, bildende Kunst, aktuelle Musik und Literatur – viele Projektanträge waren spartenübergreifend.

Die unabhängige Jury wählte sieben Projekte aus, die im nächsten Jahr realisiert werden. Der Jury war es ein wichtiges Anliegen, mit der Entscheidung über Fördermittel aus dem Elbkulturfonds innovative und mutige Konzepte zu fördern, die einen hohen künstlerischen oder sozialkulturellen Anspruch haben.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Häufig sind es gerade die Projekte der Freien Szene, aus denen neue Impulse für die Kunst entstehen. Mit dem Elbkulturfonds wollen wir die Freie Szene langfristig stärken und die Möglichkeit geben, spartenübergreifend Projekte zu verwirklichen.“

Friedrich von Borries, Jurymitglied: „Die Freie Szene von Hamburg macht deutlich, dass sie Verantwortung für ihre Stadt übernimmt: Wichtige gesellschaftliche Probleme werden adressiert und künstlerisch reflektiert. Der Elbkulturfond zeigt, dass Hamburg ein Ort ist, an dem die Kunst Position bezieht.“

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

Folgende Projekte werden aus Mitteln des Elbkulturfonds 2014 gefördert:

Inverted Space – (Kunst im öffentlichen Raum)

Fördersumme: 88.000 Euro

Antragsteller Kulturforum Süd-Nord e.V.

POPLABOR Hamburg

Fördersumme: 60.000 Euro

Andrea Rothaug, RockCity

Öffentliche Gestaltungsberatung Hamburg St. Pauli

Fördersumme: 85.000 Euro

Antragssteller Jesko Fezer

IF WE RULED THE WORLD –Festival und Transformationscamp

Fördersumme: 64.000 Euro

Antragsteller: Dorothea Reinicke, Hajusom e.V.

Molotow Intim Festival

Fördersumme: 40.000 Euro

Antragsteller Fred Noel, Molotow

Kann die Kunst die Gesellschaft heilen?

Fördersumme: 100.000 Euro

Antragsteller: Britta Peters

Das größte Hotel der Stadt – Hotel Hamburg – eine Stadt besucht sich selbst

Fördersumme: 63.000 Euro

Antragsteller: Jan Holtmann

Auf Wunsch kann die Pressestelle der Kulturbehörde Kontakt zu einzelnen Künstlerinnen und Künstlern vermitteln.

19.12.2013/kb19

Publizist und Historiker Wolfgang Schivelbusch erhält den Lessing-Preis 2013

Stipendium des Lessing-Preises geht an den Hamburger Schriftsteller und Filmemacher Finn-Ole Heinrich

Der Senat hat dem Historiker, Literaturwissenschaftler und Publizisten Dr. Wolfgang Schivelbusch den mit 10.000 Euro dotierten Lessing-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg 2013 zugesprochen. Das mit 5.000 Euro dotierte Stipendium des Lessing-Preises 2013 erhält der 1982 bei Hamburg geborene und in Hamburg lebende Schriftsteller Finn-Ole Heinrich. Der Senat ist damit dem Vorschlag eines fünfköpfigen Preisrichterkollegiums gefolgt. Der Lessing-Preis ist einer der ältesten und renommiertesten deutschen Kulturpreise. Er wurde im Jahr 1929 von Hamburger Senat anlässlich des 200. Geburtstages von Gotthold Ephraim Lessing gestiftet und wird alle vier Jahre verliehen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Wolfgang Schivelbusch findet immer wieder einen neuen und unkonventionellen Ansatz, uns unsere Geschichte zu erzählen, wodurch er dem Leser auch die Gegenwart neu verständlich macht. Finn-Ole Heinrich wirft mit seinen Arbeiten stets einen frischen und unbekümmerten Blick auf das Geschehen und zieht uns packend in seine Geschichten hinein. Die Jury hat zwei bemerkenswerte Persönlichkeiten für den Lessing-Preis und das Stipendium vorgeschlagen, die immer den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeiten stellen.“

In der Jurybegründung zum Lessing-Preis für Wolfgang Schivelbusch heißt es: *„Das Werk des 1941 geborenen Wolfgang Schivelbusch ist ein Ausnahmefall im intellektuellen Leben der letzten Jahrzehnte. (...) Seine Bücher sind Wissenschaft, gehen jedoch über die Grenzen der kulturhistorischen Disziplinen spielend hinaus; er hat über die Geschichte der Genussmittel ebenso geschrieben wie über diejenige der totalitären Ideen, über die Eisenbahn, ihre reale und zugleich mythenbildende Kraft, über die Weltkriege und ihre ideologischen wie auch erfahrungsbestimmten Voraussetzungen. Die Kulturgeschichte der letzten Jahrzehnte kennt wenige Werke von solcher Vielfalt und Weiträumigkeit, von solchem Reichtum an Wissen und Einsicht, auch von solcher schriftstellerischen Geformtheit, Klarheit. (...)“*

Die Jury sagt in ihrer Begründung zum Stipendium für Finn-Ole Heinrich: *„Finn-Ole Heinrich hat bereits mit seinen frühen Prosatexten auf unverwechselbare Art den Ton seiner Generation getroffen. Im Mittelpunkt seiner Geschichten standen stets junge Menschen, denen die Welt aus den Angeln geraten war und die mit Verzweiflung oder mit Optimismus auf diese Umstände, auf das Wegbrechen der sogenannten Normalität reagierten. (...) Weit über seinen bisherigen Leserkreis hinaus ist Finn-Ole Heinrich durch seinen Roman ‚Räuberhände‘ bekannt geworden, der bereits 2007 erschienen ist und eine ungebrochene Erfolgsgeschichte hat. 2013 war er Abitursprüfungsthema an den Hamburger Gymnasien. (...)“*

Mit dem Lessing-Preis werden Autoren und Gelehrte geehrt, „deren Werke und Wirken unter dem hohen Anspruch, den der Namensgeber des Preises setzt, eine entsprechende Auszeichnung verdienen“, wie es in der Satzung heißt. Die Preisträger sollen sich im Sinne Lessings den Maximen der Aufklärung verpflichtet fühlen und sie in ihrer geistigen Arbeit zum Ausdruck bringen. Die Stipendiaten sollen zudem in ihrer Arbeit eine besondere Beziehung zu Hamburg haben.

Preisträger waren unter anderem: Hans Henny Jahn, Hannah Arendt, Peter Weiss, Walter Jens, Max Horkheimer, Jean Améry, Alexander Kluge, Raymond Klibansky, Jan Philipp Reemtsma, Botho Strauss, Karl Schlögel, Klaus Harpprecht.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler wird den Preis und das Stipendium in einer Feierstunde am Sonntag, dem 9. Februar 2014, um 11 Uhr, im Thalia-Theater überreichen. Diese Veranstaltung wird gleichzeitig den Abschluss der Lessingtage 2014 des Thalia-Theaters bilden. Kostenlose Eintrittskarten für die öffentliche Veranstaltung sind, soweit die Sitzplätze ausreichen, an der Tageskarte des Thalia Theaters erhältlich.

Die vollständige Begründung der Jury finden Sie unter: www.hamburg.de/kulturbehoerde

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

20.12.2013/kb20

„Notgroschen“ für kulturelle Projekte

Kultursenatorin gibt Spende der Körber-Stiftung in Höhe von 10.000 Euro an die Jazz-Federation e.V. und das Lesehaus Dulsberg

Am 1. Advent hat Dr. Klaus Wehmeier, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Körber-Stiftung, Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler einen symbolischen „Notgroschen“ in Höhe von 10.000 Euro überreicht. Damit sollen Hamburger Kulturprojekte unterstützt werden. 6.000 Euro erhalten jetzt die Jazz-Federation e.V. und 4.000 Euro das Lesehaus Dulsberg.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Im Kulturbereich können oft mit einem kleinen ‚Notgroschen‘ große Ideen verwirklicht werden. Die Körber-Stiftung hilft der Jazz-Federation, in Hamburg eine neue Heimat zu finden und dem Lesehaus Dulsberg, ihr großartiges Engagement für eine alternative Stadtteilbibliothek auszubauen.“

Die Jazz-Federation e.V. plant, an verschiedenen Orten, die als Jazz-Club in Frage kommen, Pilot-Konzerte zu veranstalten. Mit der Spende in Höhe von 6.000 Euro sollen diese Konzerte ermöglicht werden und so eventuell der Grundstein für eine neue Heimat der Jazz-Federation in Hamburg gelegt werden.

Das Lesehaus Dulsberg hat sich 2007 als alternative Stadtteilbibliothek gegründet. Unter der Federführung des Stadtteilbüros Dulsberg stehen hier den Stadtteilbewohnern verschiedene Medien für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Verfügung. Im Lesehaus finden zudem kostenfreie Kurse und Veranstaltungen vor allem für Kinder von 0-8 Jahren und Eltern statt.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

17. Dezember 2013/bis17

Wilhelmsburg: Blumenhalle wird zur Sporthalle

Senat fördert Umbau der igs-Blumenschauhalle zu inklusiver Sportstätte

Der Senat wird den Umbau der bisherigen Blumenhalle in Wilhelmsburg zu einer modernen inklusiven Sportstätte mit einem Zuschuss von 3,5 Mio. Euro fördern. Die notwendige Änderung des Haushaltsplans hat der Senat am heutigen Dienstag eingeleitet. Die maßgeblich von der Benno und Inge Behrens-Stiftung finanzierte Sportstätte wird alle Anforderungen einer modernen Basketballhalle erfüllen und, so Sportsenator Michael Neumann, „Fußgängern wie Rollstuhlfahrern, Profisportlern wie Schülerinnen und Schülern eine sportliche Heimat bieten“. Die Benno und Inge Behrens-Stiftung leiste damit „einen großartigen Beitrag für die Entwicklung des Stadtteils und des Sports, den die Stadt gern unterstützt“.

Die in Wilhelmsburg von der Benno und Inge Behrens-Stiftung errichtete Halle wurde zunächst der internationalen gartenschau gmbh (igs) als Blumenschauhalle zur Verfügung gestellt. Bereits bei der Planung der Halle war die Option einer späteren Nutzung als Sportstätte berücksichtigt worden. In Kooperation mit der InselAkademie Wilhelmsburg e.V. beabsichtigt die Stiftung nun den Umbau zu einer modernen Sporthalle. Sie soll die Anforderungen für die Durchführung von Basketballspielen sowohl für Rollstuhlbasketball auf Bundesliga-Niveau wie als inklusive Schulsport- und Trainingsstätte für Hallensportarten erfüllen.

Die Gesamtkosten des Umbaus zu einer inklusiven Sportstätte betragen voraussichtlich 14 Mio. Euro. Davon trägt die Benno und Inge Behrens-Stiftung 6 Mio. Euro und die Stadt maximal 3,5 Mio. Euro. Ein Betrag von weiteren 4,5 Mio. Euro wird aus Fördermitteln der IBA gedeckt. Die Hamburgische Bürgerschaft muss dem Investitionskostenzuschuss aus der zentralen Finanzierungsreserve des Senats (Einzelplan 9.2.) noch zustimmen.

Mit der Dekadenstrategie Sport hat sich Hamburg zum Ziel gesetzt, Sportstätten nachhaltig und inklusiv zu entwickeln und dabei auch mit modernen Konzepten geeignete Hallen für Sportzwecke umzunutzen. Dies gilt gleichermaßen für staatliche Einrichtungen wie für die Förderung vereinseigener oder privater Anlagen, wenn daraus für die Stadtteil- und Sportentwicklung im jeweiligen Quartier positive Effekte erzielt werden können.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

18.12.2013/br18

An der 918. Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 2013 nehmen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz und Senator Michael Neumann teil.

Die Tagesordnung umfasst 22 Punkte.

Ansprache des Präsidenten des Ausschusses der Regionen

Am 18. Dezember 2013 veranstaltet der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union im Gebäude des Bundesrates die 6. Subsidiaritätskonferenz. Der Präsident des Ausschusses der Regionen, **Ramón Luis Valcárcel Siso**, wird in der - dieses Mal am Donnerstag stattfindenden - Sitzung des Bundesrates eine Rede halten. Seit 1995 hat Valcárcel Siso zudem die Präsidentschaft der Autonomen Gemeinschaft Murcia inne. Der Ausschuss der Regionen ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Er wurde mit dem Maastrichter Vertrag (1993) geschaffen, um die Erfahrungen und Interessen der Regionen, Provinzen, Städte und Gemeinden in den europäischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen. Denn: bis zu drei Viertel aller EU-Rechtsvorschriften sind auf regionaler und lokaler Ebene umzusetzen. So entsenden die deutschen Bundesländer insgesamt 21 Mitglieder, die Spitzenverbände der Landkreise, Städte und Gemeinden je ein Mitglied in den Ausschuss. Der Vertrag von Lissabon gibt dem Ausschuss der Regionen außerdem das Recht, wegen Verletzung des sogenannten Subsidiaritätsprinzips gegen Rechtsakte vor dem Europäischen Gerichtshof Klage zu erheben. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass Entscheidungen in der EU möglichst bürgernah getroffen werden sollen. Das heißt, die EU solle keine Aufgaben übernehmen, für die die nationale, regionale oder kommunale Ebene besser geeignet ist. Die Subsidiaritätskonferenz ist die wichtigste Veranstaltung des Ausschusses der Regionen. Ziel der alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz ist es, das Zusammenwirken von Institutionen und Akteuren bei der Subsidiaritätskontrolle zu vertiefen.

Erste Umsetzung Koalitionsvertrag: Preisgarantie für Arzneimittel

Das Preismoratorium für patentgeschützte Arzneimittel wird zunächst beibehalten. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vor, der dem Bundesrat kurzfristig zur Beratung am Donnerstag vorliegen wird. Pharmafirmen wird es dadurch auch künftig nicht möglich sein, ihre Preise für patentgeschützte Medikamente zu erhöhen. **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks** „Ich begrüße die schnelle Umsetzung der Verlängerung des Preismoratoriums für Arzneimittelausgaben. Damit setzt die neue Bundesregierung einen wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages um und unterstreicht die Absicht der Koalition, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen wirksam zu begrenzen.“ Von der Preisstabilität profitieren in erster Linie die Krankenkassen. Allein durch die dreimonatige Verlängerung des Preismoratoriums werde die gesetzliche Krankenversicherung um etwa 150 Millionen Euro entlastet. Für den Bereich der privaten Krankenversicherung sei eine Entlastung von rund 15 Millionen Euro zu erwarten. Konkret sieht der

Gesetzentwurf vor, das Preismoratorium in einem ersten Schritt bis zum 31. März 2014 zu verlängern. Eine weitere Verlängerung bis zum Ende der begonnenen Legislaturperiode soll in einem separaten Gesetzentwurf Anfang nächsten Jahres erfolgen. Darin würden dann auch die sonstigen Koalitionsvereinbarungen zum Arzneimittelwesen, wie die Beendigung des Bestandsmarktaufufes oder die Anhebung des Herstellerrabatts von sechs auf sieben Prozent umgesetzt werden.

Öffnung der Integrationskurse für Flüchtlinge und Geduldete

Hamburg unterstützt eine Gesetzesinitiative aus Schleswig-Holstein, mit der künftig allen Flüchtlingen der Zugang zu Integrationskursen und damit zum Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht werden soll. Bislang sind u.a. Personen zugelassen, die aus Arbeitsgründen nach Deutschland gekommen, EU-Ausländer oder Spätaussiedler sind. EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen können lediglich im Rahmen verfügbarer Plätze teilnehmen. Ein Anspruch auf Teilnahme besteht gegenwärtig nicht. Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren und Geduldete haben nach derzeitiger Rechtslage hingegen gar keinen Zugang zu den Integrationskursen. Dazu **Hamburgs Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Detlef Scheele**: „Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von zentraler Bedeutung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum einer bestimmten Gruppe diese Chance auf bessere Integration verwehrt wird. Mitunter wird die Entscheidung für ein dauerhaftes Bleiberecht erst nach einem mehrjährigen Aufenthalt abschließend gefällt. Eine kluge Integrationspolitik nutzt diese Zeit – unter anderem für Deutschkurse.“ Der Gesetzentwurf sieht entsprechend vor, allen Flüchtlingen mit Aufenthaltserlaubnis sowie Flüchtlingen im laufenden Asylverfahren und auch Geduldeten den Zugang zu Integrationskursen zu gewähren. Damit die Kursteilnahme nicht an einer Mittellosigkeit scheitert, empfiehlt der Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik, alle Teilnahmeberechtigte gleichermaßen von den Kosten zu befreien.

Weniger Plastiktüten: Länderkammer geht EU-Vorschlag nicht weit genug

In Deutschland verbraucht jeder Bürger durchschnittlich 71 Plastiktüten pro Jahr; europaweit sind es etwa 198 pro Kopf. Damit werden Jahr für Jahr knapp 100 Milliarden Kunststofftragetaschen in Europa benutzt. Da diese häufig aus sogenanntem leichten Kunststoff bestehen, kann ein Großteil der Tüten nicht wiederverwendet werden. Die EU-Kommission hat nun einen Vorschlag vorgelegt, der den hohen Verbrauch dieser Einwegtüten eindämmen soll. Dabei wird es Mitgliedstaaten freigestellt, dies über Abgaben, feste Verringerungsziele oder nationale Verbote zu erreichen. Der Länderkammer geht der EU-Vorschlag jedoch nicht weit genug, um die Vermüllung der Landschaft und Meere mit schwer abbaubaren Kunststoffabfällen nachhaltig zu bekämpfen. So empfiehlt der Umweltausschuss des Bundesrates, die Reduktion nicht nur auf dünnwandige Plastiktüten zu beschränken. Ferner sollten durch zusätzlich flankierende Maßnahmen die Müllvermeidung und der verantwortungsbewusste Umgang mit Kunststoffprodukten weiter vorangetrieben werden. Denkbar wären hier Kampagnen zur Verbrauchersensibilisierung direkt an der Verkaufsstelle, aber auch ein europaweites Deponierungsverbot für Kunststoffabfälle.

Bundesrat berät EU-Mitteilung zur Energieeffizienzrichtlinie

Der Primärenergieverbrauch soll in Europa bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent reduziert werden. Darauf hatten sich die EU-Mitgliedstaaten bereits 2007 verständigt. Damit dieses Ziel erreicht wird, hat die EU-Kommission im Herbst vergangenen Jahres eine neue Energieeffizienzrichtlinie erarbeitet. Begleitend wurde nun eine Mitteilung mit sieben Leitlinien vorgelegt, in denen erläutert wird, wie bestimmte Vorschriften nach Ansicht der Kommission ausgelegt und angewandt werden sollten. Ziel ist es, die

Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht durch Interpretationshilfen zu unterstützen. Diese beziehen sich beispielsweise auf den Vorbildcharakter von Regierungsgebäuden, das öffentliche Beschaffungswesen; auf Energieeffizienzverpflichtungen und Alternativen, Energieaudits sowie auf eine bessere Kraft-Wärme-Kopplung. Zum Teil sind diese Regelungen bereits bis Ende dieses Jahres umzusetzen. Der Bundesrat begrüßt, dass die EU-Kommission Leitlinien aufgestellt hat und bittet die neue Bundesregierung entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Zum Beispiel sei es notwendig, das Fördervolumen für integrierte Energie- und Klimaschutzkonzepte deutlich auszuweiten und ein spezifisches Anforderungsprofil für kommunale Wärmeplanungen aufzustellen. Nur so könne die kosteneffizienteste Form der CO₂-Minderung im Wärmesektor vor Ort entwickelt werden. Neben den Leitlinien informiert die EU-Mitteilung zudem über den Sachstand der Umsetzung. Dazu mussten alle Mitgliedstaaten ihre nationalen Energieeffizienzziele melden. Diese ergeben bislang Einsparziele von 16,4 Prozent. Das EU-Gesamtziel würde damit noch verfehlt.

Rückfragen an:

Dr. Katrin Cholotta

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Fon: 030 – 2 06 46-117

eMail: katrin.cholotta@lv.hamburg.de

www.hamburg.de/landesvertretung

Terminkalender

Vom 30. Dezember bis 12. Januar 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 30.12.2013

14:00 Börse Hamburg
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Jahresschlussbörse**.

17:00 Handwerkskammer, Holstenwall 12, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Jahresschlussversammlung der Handwerkskammer Hamburg** ein Grußwort.

Senator Frank Horch spricht ebenfalls zur Versammlung.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Jutta Blankau, Senator Ties Rabe, Senator Detlef Scheele, Staatsrat Jan Pörksen, Staatsrat Dr. Michel Voges und Staatsrat Jens Lattmann nehmen teil.

Dienstag, den 31.12.2013

12:00 Handelskammer, Adolphsplatz 1, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jutta Blankau, Senator Frank Horch, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Ties Rabe, Senator Detlef Scheele, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Jens Lattmann, Staatsrat Karl Schwinke und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen an der „**Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns**“ teil.

Mittwoch, den 01.01.2014

10:45 Rathaus
Bürgermeister Olaf Scholz und Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßen im Rahmen des **Neujahresempfangs** des Senats die Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg.

Sonntag, den 05.01.2014

11:00 Laeiszhalle
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **Neujahrskonzert und –empfang der HASPA**.

Montag, den 06.01.2014

11:00 Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72 – 79
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Frank Horch, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Detlef Scheele und Senator Ties Rabe nehmen am **26. Neujahrsempfang des Hamburger Abendblattes** teil.

15:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt gemeinsam mit der Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit die **Katholischen Sternsinger**.

19:00 Grand Elysee Hotel, Rothenbaumchaussee 10
Senator Michael Neumann nimmt am **Sportpolitischen Gedankenaustausch mit**

der **Gemeinschaft der Senioren des HSV e.V.** teil.

Dienstag, den 07.01.2014

17:45 02 World, Sylvesterallee 10
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Diskussionsveranstaltung „Politik & Sport“ des Industrieverbandes Hamburg** teil.

Mittwoch, den 08.01.2014

11:00 Hotel Atlantik, An der Alster 72 - 79
Staatsrat Dr. Michael Voges und Staatsrat Jens Lattmann nehmen an der **Jahresauftaktveranstaltung 2014 des UVNord** teil.

18:00 Handwerkskammer, Holstenwall
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt am **Gesundheitspolitischen Jahresauftakt der Hamburger Krankenhausgesellschaft** teil

19:30 Grand Elysée Hotel, Rothenbaumchaussee 10
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt am „**Talk im Elysée**“ teil.

20:00 Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 9-11
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von "Wir lieben und wissen nichts"**.

Donnerstag, den 09.01.2014

11:30 HanseLounge
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Preisverleihung von zehn Vollstipendien an Studierende der Europäischen Fernhochschule (Euro-FH)** ein Grußwort.

11:30 Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt die **neue Botschafterin von Kanada, Marie Gervais-Vidricaire**, zum Antrittsbesuch.

14:30 Oktaviostraße 143
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Umbenennung der Max-Schmeling-Stadteilschule** ein Grußwort.

18:00 Louis C. Jacob Hamburg, Elbchaussee 401-403
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Blankeneser Neujahrsempfangs** ein Grußwort.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Detlef Scheele und Senator Dr. Peter Tschentscher nehmen teil.

18:30 Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Verleihung des „Mara Cassens-Preises“** ein Grußwort.

Freitag, den 10.01.2014

11:00 Offizierskasino der Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Neujahrsempfangs des Landeskommmandos Hamburg** ein Grußwort.

Senator Michael Neumann und Senator Dr. Peter Tschentscher nehmen teil.

18:00 Schützenverein Rahlstedt, Hüllenkoppel 56

Senator Michael Neumann spricht anlässlich des **25. Jubiläums des Prominentenschießens im Schützenverein Rahlstedt** ein Grußwort und stiftet einen Wanderpokal.

Samstag, den 11.01.2014

19:30 Edel-Gebäude, Neumühlen 17
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **Ahoi 2014 Neujahrsempfang**.

Sonntag, den 12.01.2014

11:00 Hafencub, Landungsbrücken
Senator Michael Neumann spricht beim **Neujahrsempfang anlässlich des 60. Gründungsjubiläums des Akademischen Segler-Vereins Hamburg e.V.** ein Grußwort.